

UKRAINE-KRIEG

## Politikwissenschaftler zu Waffenlieferungen: „In der Koalition ist die SPD eindeutig der Bremser“

von: Dietmar Neuerer  
Datum: 17.09.2022 13:32 Uhr

In der Debatte um eine Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine beharrt die Bundesregierung auf ihrem Kurs der Zurückhaltung. Politikwissenschaftler sehen darin eine falsche Strategie.



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)

Der Kanzler pocht darauf, dass die Bundesregierung nicht im Alleingang über Kampfpanzer-Lieferungen an die Ukraine entscheiden wird.

(Foto: AP)

**Berlin.** Die Bundesregierung übt sich angesichts der Erfolge der Ukraine gegen die russischen Invasionstruppen in der Frage deutscher Waffenlieferungen für Kiew immer noch in Zurückhaltung. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) verweist dabei zumeist auf internationale Abstimmungsprozesse. Dies halten Politikwissenschaftler allerdings für wenig überzeugend. Insbesondere die Rolle der Sozialdemokraten sehen sie kritisch.

Der Bremer Politikwissenschaftler Lothar Probst sagte dem Handelsblatt: „In der Koalition ist die SPD eindeutig der Bremser bei den Waffenlieferungen, weil Teile der Fraktion und Partei gegen eine

entsprechende Unterstützung der Ukraine sind, obwohl die USA Deutschland die Art von Waffenlieferungen freigestellt hat.“

Es sei nicht Neues, dass Russlands Präsident Wladimir Putin und sein Umfeld vor einer solchen Unterstützung warnen. Aber Putin „wird es kaum wagen, angesichts der militärischen Probleme, die es für Russland schon in der Ukraine gibt, Deutschland nur wegen ein paar Leopard-2-Waffenlieferungen anzugreifen“.

Kanzler Scholz pocht indes darauf, dass die Bundesregierung nicht im Alleingang über Kampfpanzer-Lieferungen an die Ukraine entscheiden wird. „Wir werden bei allem, was wir tun, keine Alleingänge machen“, sagte Scholz am Samstag im Deutschlandfunk. Er reagierte damit auf Forderungen aus der Ukraine, der Union und seiner eigenen Ampel-Koalition, dass Deutschland Leopard-Panzer liefern soll.

## THEMEN DES ARTIKELS



Der Bonner Politikwissenschaftler Volker Kronenberg sagte dem Handelsblatt: Mit dem Grundsatz „Keine deutschen Alleingänge“ „tragen der Kanzler und seine Genossen im Grunde ihr neugefundenes Motto ‚You'll never walk alone‘ vor sich her“. Nur in Abstimmung mit den Bündnispartnern in den Vereinigten Staaten und Europa zu handeln, sei zwar richtig, jedoch nur so lange dann auch die Forderungen erfüllt würden, die die Bündnispartner an Deutschland richten. „Daran werden seit der Zeitenwende-Rede immer wieder Zweifel laut – jüngst von Seiten der US-Botschafterin in Berlin.“

### Lieferungen von Leopard-Panzern ist seit Wochen Streitthema in der Koalition

Die US-Botschafterin Amy Gutmann hatte jüngst in einem Interview alle Verbündeten und Partner dazu aufgerufen, der Ukraine im Kampf um ihre demokratische Souveränität so viel Unterstützung wie möglich zu gewähren. Und betont, dass die Entscheidung über die Art der Hilfen letztlich bei jedem Land selbst liege.

Scholz bezieht die von Gutmann formulierte Erwartung an Deutschland nicht auf die Lieferung von Schützen- oder Kampfpanzern an die Ukraine. Im Deutschlandfunk verwies Scholz vielmehr darauf, dass Deutschland schon jetzt zu den wichtigsten Waffenlieferanten der Ukraine gehöre und mit der Panzerhaubitze 2000 mit das modernste Gerät geliefert habe, das im Krieg gegen die russischen Angreifer überhaupt zum Einsatz komme. „Gerade die Waffen, die wir zur Verfügung gestellt haben, haben den Unterschied gemacht und die jetzigen Erfolge, die die Ukraine verzeichnet, auch ermöglicht“, sagte Scholz.

## An dieser Stelle finden Sie Inhalte von Twitter

Aufgrund Ihrer Datenschutzeinstellungen können Sie diesen redaktionellen Inhalt nicht sehen. Um mit Inhalten von Twitter zu interagieren oder diese darzustellen, benötigen wir Ihre Zustimmung.

ZUSTIMMEN UND INHALTE ANZEIGEN

Ich bin damit einverstanden, dass mir externe Inhalte angezeigt werden. Dadurch können personenbezogene Daten an Drittanbieter weitergeleitet werden. Mehr Informationen dazu finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

Die Bundesregierung hatte erst am Donnerstag die Lieferung von zwei weiteren Mehrfachraketenwerfern und 50 gepanzerten Dingo-Fahrzeugen bekanntgegeben. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte aber auf eine schnelle Entscheidung der westlichen Partner auch über Kampfpanzer gepocht.

**>> Lesen Sie auch:** *Militärstrategie: „Wahrscheinlichkeit eines russischen Zusammenbruchs ist gestiegen“*

Scholz betonte, dass nur die USA, Großbritannien und Deutschland Mehrfachraketenwerfer geliefert haben. Weder die USA, noch Großbritannien oder Frankreich liefern Kampfpanzer westlicher Bauart. Scholz verwies darauf, dass die Bundesregierung aber über Ringtausch mit Tschechien, der Slowakei und Griechenland dafür gesorgt habe, dass die Ukraine Kampfpanzer sowjetischer Bauart erhält. Die Lieferungen von Leopard-Panzern ist seit Wochen Streitthema in der Koalition aus SPD, Grünen und FDP.

Nach Einschätzung von Politikprofessor Probst hofft die SPD immer noch, dass ein jetziger Waffenstillstand möglich und Putin zum Einlenken bereit sei. Das zeige auch das Telefonat von Kanzler Scholz mit Putin.

*Christine Lambrecht (SPD)*

Die Verteidigungsministerin sieht Deutschland künftig in militärischen Fragen in einer Führungsrolle.

(Foto: Reuters)

---

Das Argument von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD), dass Deutschland schwere Waffen für die eigene Verteidigung brauche, hält Probst für vorgeschoben. „Denn sie weiß auch, dass sich im Moment die Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung Russlands mit der Bundesrepublik und der Nato in der Ukraine entscheidet.“ Nach einer gefühlten Niederlage oder einem erzwungenen Waffenstillstand mit der Ukraine werde Russland kaum einen Krieg mit der Nato beginnen.

## „Eine echte Führungsmacht auf dem Feld des Militärischen wird die Bundesrepublik absehbar nicht sein können“

Lambrecht hatte andererseits zuletzt auch die Auffassung vertreten, dass Deutschland auch in militärischen Fragen eine Führungsrolle in Europa und der Welt übernehmen müsse. SPD-Chef Lars Klingbeil hatte Mitte Juni ebenfalls erklärt: „Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben.“

Prompt gab es seinerzeit Widerspruch von SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, der sich die Wortwahl seines Parteichefs nicht zu eigen machen, sondern „eher den Begriff des Zusammenführens“ für die Rolle Deutschlands verwenden wolle.

**>> Lesen Sie auch:** *Verhandeln oder eskalieren? Wladimir Putin nach militärischen Rückschlägen unter Druck*

Probst sagte dazu: „Eine Führungsrolle, wenn sie denn wirklich gewollt ist, könnte die Bundesrepublik jetzt bei der Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine übernehmen und entsprechende Exportgenehmigungen erteilen.“ Das wäre angesichts der aktuellen Kriegssituation in der Ukraine eine „wirkliche Führung“.

*SPD-Bundesvorsitzender Lars Klingbeil*

Klingbeil versucht, die SPD bei der „Zeitenwende“ zu einen.

(Foto: dpa)

---

Der Politikwissenschaftler Kronenberg erinnerte daran, dass den Deutschen seit der Wiedervereinigung von ihren Bündnispartnern ein stärkeres internationales Engagement abverlangt werde. Und das könne eben auch ein militärisches sein. „Eine echte Führungsmacht auf dem Feld des Militärischen wird die Bundesrepublik jedoch absehbar nicht sein können – und wohl auch nicht werden wollen“, ist Kronenberg überzeugt. „Das wäre vermessen.“

Gleichwohl sei die Erkenntnis, dass man auch auf diesem Feld mehr tun müsse, auch bei der SPD schon weit vor dem Krieg in der Ukraine „eingesickert“. „Begeistert war man davon nie, aber die Aussagen des Parteichefs und der Verteidigungsministerin zeigen, dass man diese Anforderung jetzt auch offensiv annehmen möchte.“

Mützenich hingegen stehe demgegenüber eher in der „friedenspolitischen Traditionslinie“ der Partei. Seine Haltung sei nicht falsch. „In der Tat wird es für die Bundesrepublik immer darum gehen müssen, insbesondere die Europäer zusammenzuführen“, sagte Kronenberg.

## Scholz zeigt in der Ampelkoalition „keine Führungsstärke“

Wenig überraschend findet es Kronenberg, dass die SPD in der aktuell schwierigen außenpolitischen Lage in Umfragen deutlich unter ihrem Bundestagswahlergebnis liegt und auch der Kanzler zuletzt deutlich an Zustimmung verloren hat.

„In einer nie dagewesenen, noch dazu so unübersichtlichen und die Bürger direkt betreffenden Polykrise wie jene, in der wir uns jetzt befinden, hätte es sicher jede Bundesregierung in den

Umfragen schwer“, sagte Kronenberg. „Dass die SPD, mit dem Kanzler als Aushängeschild einer noch dazu politikinhaltlich-programmatisch mitunter sehr heterogenen Koalition, den Frust der Wähler abbekommt, die mit Sorge auf die Gas- und Stromrechnungen des nächsten Jahres warten, kann deshalb kaum verwundern.“

**>> Lesen Sie auch:** *Putin trifft Xi Neue Achse Russland-China: Die künftige Weltordnung hängt jetzt an drei Fragen*

Eine Stimmungswende macht Kronenberg vom Verlauf der Energiekrise abhängig. „Wenn die Republik einigermaßen gut durch diese Krise kommen sollte, der Kanzler und seine Ampel sich in den Augen der Bürger bewährt haben, dann dürfte sich auch das in den Umfragen wiederum entsprechend positiv niederschlagen“, sagte er.

Politikwissenschaftler Probst sieht die schlechten Umfragewerte für die SPD und Scholz als „Momentaufnahmen“, die wenig Aussagekraft hätten. „An den Zahlen für die CDU und die Grünen sieht man, dass da auch viel Volatilität im Spiel ist und es für jede Partei bergauf, aber auch bergab gehen kann“, sagte er.

Gleichwohl vermittelt die SPD mit Kanzler Scholz aus Sicht Probsts in der Dreierkoalition derzeit „keine Führungsstärke“, sondern schwanke mal in diese, mal in eine andere Richtung. „Nur die Koalition zusammen zu halten, ist in dieser Situation zu wenig“, sagte der Experte.

Scholz habe ja bei seiner Bundestagsrede gezeigt, dass er auch anders kann. „Wenn er von dieser Seite mehr in die Öffentlichkeit einbringen würde und vor allem auch seine Partei stärker führt, anstatt auf die verschiedenen Flügel immer nur Rücksicht zu nehmen, könnte es auch für die SPD in den Umfragen wieder besser werden.“

**Mehr:** Vier-Sterne-General: „Russland verliert derzeit und wird weiter verlieren“

---

© 2020 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

Verlags-Services für Werbung: [www.iqm.de](http://www.iqm.de) (Metadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.